



Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail ralph.brinkhaus@bundestag.de

Pressemitteilung

04.05.2011

Ralph Brinkhaus unterstützt Restrukturierungsfondsverordnung

Der CDU-MdB und Finanzexperte Ralph Brinkhaus fordert, dass die Restrukturierungsfondsverordnung nunmehr schnell umgesetzt wird. Es müsse sichergestellt werden, dass die ersten Zahlungen zur Bankenabgabe noch in diesem Jahr fließen.

Brinkhaus reagiert damit auf Äußerungen der Opposition, die Änderungen hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und der Zumutbarkeitsgrenze fordert. „Die Bankenabgabe ist keine isolierte Maßnahme, sondern muss immer auch im Zusammenhang mit weiteren Regulierungsmaßnahmen gesehen werden. Es ist unrealistisch zu meinen, Banken sollen Abgaben bezahlen, ihr Eigenkapital stärken, zum Sparpaket beitragen und gleichzeitig zu erwarten, dass sie die Wirtschaft zudem mit ausreichend Kapital versorgen können“, so der Gütersloher CDU-Abgeordnete.

„Wir werden genau beobachten, wie hoch die Beiträge in den nächsten Jahren tatsächlich ausfallen werden und wie sich die Nacherhebungspflicht auswirkt – sollte deutlich werden, dass die Bankenabgabe sich nicht in dem Maße entwickelt, wie wir uns das vorstellen, dann kann die Verordnung durchaus nachjustiert werden“, so Brinkhaus. Allerdings sollte hier nicht voreilig gehandelt werden, da der Fonds langfristig angelegt wurde und von Anfang an klar war, dass die Einnahmen durchaus schwanken könnten.

Vor diesem Hintergrund sei auch die voraussichtliche niedrige Zahlung der Deutschen Bank für das Jahr 2010 zu bewerten. Hier haben Umstellungseffekte durch die neuen gesetzlichen Anforderungen des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zu einem niedrigeren HGB-Ergebnis im Vergleich zum IFRS-Ergebnis geführt, was wiederum einen geringeren Abgabebetrag für das Jahr 2010 bedeutet. Dies seien einmalige Effekte und betreffen nicht die eigentliche Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe, so Brinkhaus weiter. Die von den



Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail ralph.brinkhaus@bundestag.de

Pressemitteilung

Banken zu zahlenden Beiträge gingen nicht verloren, sondern seien aufgrund der Nacherhebungspflicht in Folgejahren nachzuzahlen.

Brinkhaus warnt in diesem Zusammenhang aber auch die deutschen Banken: „Wenn wir merken, dass versucht wird, durch bilanzpolitische Maßnahmen die Bankenabgabe zu umgehen oder zu verringern, werden wir sehr schnell eingreifen. Die Banken müssen einsehen, dass es ihre ureigene wirtschaftspolitische Verantwortung ist, selbst für die Kosten von Systemstörungen aufzukommen. Insofern ist es auch eine Frage des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, in den Restrukturierungsfonds entsprechend der eigenen Leistungsfähigkeit und dem eigenen Risikopotential einzuzahlen.“